



Kreismitgliederversammlung am Dienstag, den 08.07.2025
Wespinstift Kinder- und Jugendhilfezentrum, Mecklenburger Straße 56, 68309
Mannheim
Zeit: 18:00 Uhr – 20:45 Uhr

Protokoll

TOP 1: Begrüßung

Herr Cronau eröffnet die Versammlung und begrüßt die Teilnehmenden im Namen des Kreisvorstands. Als Gastgeberin heißt Frau Knerr ebenfalls alle willkommen und stellt die Organisation Wespinstift Kinder- und Jugendhilfezentrum vor. Anschließend erfolgt eine Vorstellungsrunde der Teilnehmenden.

TOP 2: Feststellung der Beschlussfähigkeit und fristgerechten Einladung

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, da diese nach §4 Abs. 4 Kreisverbandsordnung ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder besteht. Die Einladung zur Mitgliederversammlung erfolgte fristgerecht.

TOP 3: Protokoll der Mitgliederversammlung vom 02.12.2024 sowie aktuelle Tagesordnung

Zum Protokoll der letzten Mitgliederversammlung am 02.12.2024 gibt es keine Anmerkungen. Gleiches gilt für die aktuelle Tagesordnung.

TOP 4: Ausscheiden Petra Röder aus dem Kreisvorstand zum 01.09.2025

Petra Röder wird aus persönlichen Gründen zum 31.08.2025 die Geschäftsführung der Reha-Südwest Regenbogen gGmbH abgeben. Demzufolge wird sie auch aus dem Paritätischen Kreisvorstand ausscheiden.

Frau Schöning-Kalender bedankt sich im Namen des Kreisvorstands für ihr Engagement, was Frau Röder seit 2019 erbracht hat. Sie hat sich für das Thema Inklusion stark eingesetzt. Sie war in mehreren Gremien aktiv für den Paritätischen vertreten und hat unter anderem am Handlungskonzept Menschen mit Behinderung der Stadt Mannheim mitgearbeitet. Für den Paritätischen war sie zwei Jahre Sprecherin der Liga. Frau Schöning-Kalender betont, dass durch das Ausscheiden von Frau Röder dem Kreisvorstand umfangreiche Expertise verloren gehe. Frau Röder bedankt sich für das Vertrauen.

Im Zuge dessen spricht der Kreisvorstand die Einladung an die Mitglieder aus sich im Kreisvorstand zu engagieren und somit den Paritätischen in lokalen Gremien in ihren jeweiligen Themenbereichen zu vertreten. Die Mitglieder können ihre und somit die Arbeit des größten Wohlfahrtsverbands in Mannheim sichtbarer, wahrnehmbarer machen.

Herr Cronau betont den Zeitaufwand für das Amt im Kreisvorstand. Die Kreisvorstandssitzungen finden i.d.R. 11 mal im Jahr statt (jeweils 2-3 Stunden) in der die aktuellen Themen besprochen werden. Gelegentlich kommt es zu kleineren Arbeitsgruppen, um ein Anliegen zielgerichtet umzusetzen, was ebenfalls zeitliche Ressourcen beanspruche. Zusätzlich nimmt die Teilnahme an Gremien ebenfalls Ressourcen in Anspruch.

Ein Kennenlernen der Vorstandsarbeit ist jederzeit möglich. Hierzu kann über die bekannten Kontaktdaten der Geschäftsstelle Interesse angemeldet werden.

TOP 5: Vorstellung neuer Mitglieder

Der Paritätische Kreisverband Mannheim hat zwei neue Mitglieder gewonnen, denen die Gelegenheit gegeben wurde sich vorzustellen.

TOP 5a) Badischer Blinden- und Sehbehindertenverein V.m.K. (BBSV)

Herr Oppitz ist seit 15.04.2024 Geschäftsführer des BBSV und stellt diesen vor. Die Mitgliedsorganisation ist ein Verein mit Körperschaftsrechten, welcher im Jahr 1900 gegründet wurde. Er gehört zum Dachverband „Deutscher Blinden- und Sehbehindertenverband e.V. (DBSV)“ und ist im gesamten Gebiet des Regierungspräsidiums Karlsruhe tätig. Der Verein zählt 650 Mitglieder, der Vorstand besteht ausschließlich aus Betroffenen. Die drei hauptamtlichen Mitarbeitenden sind sehend. Darüber hinaus sind im Verein viele Menschen ehrenamtlich aktiv. Eine Übersicht der umfassenden Angebote ist auf der [Webseite](#) des Vereins zu finden. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Interessenvertretung beim Thema Barrierefreiheit (baulich, digital, kulturell). Zuletzt betont Herr Oppitz die Vorteile, die der Paritätische ihnen als Mitgliedsorganisation bietet: Vernetzung, Beratung (z.B. zu Förderungen), Weiterbildungsangebote, sowie Interessenvertretung des Vereins.

TOP 5b) Ausweg Rhein Neckar e.V.

Frau Mayer und Frau Barth stellen ihren Verein vor, welcher 2022 mit dem Ziel gegründet wurde armutsbetroffene Menschen zu stärken und über Klassismus aufzuklären. Klassismus ist eine Diskriminierungsform, bei der Menschen aufgrund ihrer sozialen Position oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse benachteiligt werden. Dies geschieht z.B. bei der Wohnungssuche oder wird durch einen erschwerten Zugang zu Bildung sichtbar.

Der Verein bietet armutsbetroffenen Menschen Hilfestellungen zu unterschiedlichen Themen an, z.B. Anträge stellen, Kommunikation mit Behörden, Weitergabe von geretteten Lebensmitteln oder gespendeter Kleidung. Seit Februar 2025 verfügt der Verein über Räumlichkeiten, dem Treffpunkt „Kupfer“, der als konsumfreier Begegnungsraum genutzt wird. Hilfesuchende können dort ohne Termin hinkommen und werden von insgesamt 25 ehrenamtlichen Helfenden unterstützt. Frau Mayer und Frau

Barth geben an, dass bereits 544 Beratungen (17.02. – 01.07.2025) durchgeführt wurden und die Angebotsvielfalt durch das Engagement der Ehrenamtlichen und Nachbar*innen wachsen würde. Auch Gäste sind willkommen, die eben nicht von Armut betroffen sind, Begegnungsmöglichkeiten werden geschaffen. Weitere Informationen finden sich auf der [Webseite](#) des Vereins.

TOP 6: 2025: Rückblick & Ausblick

TOP 6a: Kreisverband

Pilotprojekt „Soziale Orte Konzept“

Frau Röder stellt das „Soziale Orte Konzept“ vor, welches die Stadtverwaltung Mannheim in einem Pilotprojekt im Stadtteil Rheinau-Mitte seit Anfang Juli 2025 erprobt (s. Anhang). Demnach sollen im Stadtgebiet soziale Orte, also Orte der Begegnung, Kommunikation und des Miteinanders ausgewiesen werden. Dabei soll eine Bestandsaufnahme des Sozialraums gemacht werden (Motto: Was haben wir? Was brauchen wir langfristig?). Das Pilotprojekt soll weiterführend auch in anderen Quartieren ausgerollt werden.

Der Kreisvorstand begrüßt das Pilotprojekt. Frau Röder sieht dies als Signal, dass in Mannheim wieder Sozialplanung umgesetzt werde. Ein Vorausdenken sei wichtig, auch um gegen drohende Kürzungen argumentieren zu können.

Kürzungen im Sozialen / Lobbyierungs-Prozess

Vor dem Hintergrund der Sparmaßnahmen, die der Stadtverwaltung Mannheim durch das Regierungspräsidium Karlsruhe auferlegt wurden, wurde der Paritätische Kreisvorstand bereits im März 2025 aktiv, um Kürzungen im Sozialen durch die Stadtverwaltung Mannheim zu verhindern. Herr Gerber berichtet vom bisherigen Verlauf dieses Lobbyierungs-Prozesses.

Der Kreisvorstand ist möglichst schnell ins Handeln gekommen und beschloss sich „lobbyistisch neu ausprobieren“ zu wollen. Als Partner für diesen Prozess wurde die Arbeiterwohlfahrt in Mannheim angefragt, da dieser Wohlfahrtsverband die meisten Gemeinsamkeiten mit dem Paritätischen habe. Es wurde der Entschluss gefasst auch außerhalb der Kreisliga zu kooperieren. Herr Gerber betont, dass es in der Liga keinen Bruch gebe, sondern lediglich ein Extra-Weg gegangen werde. Seit März 2025 finden daher in Abständen von 2-3 Wochen Planungstreffen statt.

Zuerst wurde das Ziel festgesteckt für die Jahre 2025/2026 eine auskömmliche Finanzierung der bestehenden Angebote in ihrer Vielfalt und Qualität zu sichern, sowie weiterführend eine gemeinsame Sozialplanung inkl. tragfähigem Finanzierungskonzept zwischen Verwaltung und Trägern zu erarbeiten. Davon abgeleitet wurde eine Stakeholder-Analyse durchgeführt und relevante Akteure nach deren Anschlussfähigkeit für die Thematik und deren jeweiliger Durchsetzungsmacht bewertet. Parallel dazu wurde der Paritätische Kreisvorstand vom Mannheimer Morgen angefragt sich zu den Auswirkungen von Kürzungen im Sozialen zu äußern (s. Artikel „Was die Haushaltseinsparungen in Mannheim für das Soziale bedeuten“ vom 12.04.2025 im

Anhang). Im weiteren Verlauf kam es zu Einzelgesprächen sowie zur Vorstellung in den drei großen Fraktionen. Herr Gerber betont dies habe „Staub aufgewirbelt“.

Aufgrund des Beschlusses der Stadtverwaltung finanzielle Zuschüsse in 2025 nicht zu kürzen, musste das Ziel der Arbeitsgruppe neu justiert werden. Da der Fokus zunächst darauf lag Kürzungen im Bereich der Zuschüsse zu vermeiden, wurde das Ziel nun um den Bereich der entgeltfinanzierten Leistungen erweitert.

Als Ausblick kündigt Herr Gerber eine Aktion vor der nächsten Gemeinderatssitzung am 29.07.2025 um 15:30 Uhr an. Geplant ist eine öffentlichkeitswirksame Aktion mit der Kernforderung das Soziale aus den Haushaltskürzungen rauszunehmen. Es soll dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung vermittelt werden, dass nicht nur Brücken Infrastruktur sind, sondern es auch soziale Infrastruktur gibt.

Sollte es zu Kürzungen kommen, sind davon einige Paritätische Mitgliedsorganisationen betroffen. Frau Knerr äußert, dass Auszahlungen sich um 4-5 Monate verzögern würden. Bei kleineren Mitgliedsorganisationen, wie zum Beispiel Kita-Trägern, kann dies bereits zu Liquiditätsproblemen führen. Allgemein herrsche eine Unsicherheit wann und in welcher Höhe mit Auszahlungen durch die Stadtverwaltung zu rechnen sei. Herr Limprecht weist darauf hin, dass der Paritätische Landesverband Mustermahnschreiben vorbereitet habe, mithilfe derer (im Bezug auf das SGB VIII sogar mit erheblichen Verzugszinsen) gemahnt werden könne. Diese könnten [hier](#) auf der Homepage heruntergeladen werden.

Aktuell wird noch geprüft, ob die geplante Aktion vor dem Ratssaal zulässig ist. Sofern diese wie geplant stattfinden kann, sind die Mitgliedsorganisationen aufgerufen sich miteinander zu solidarisieren und mit vielen Menschen teilzunehmen. Ein offizieller Aufruf wird per Mail erfolgen.

Abschließend fasst Herr Gerber zusammen, dass man die Stadtverwaltung dazu bewegen möchte sich andere Ideen einfallen zu lassen, wie die Kürzungen im Haushalt erfolgen können. Mit dem Lobbyierungsprozess möchte man den sozialen Bereich laut werden lassen und Allianzen bilden.

TOP 6b: Regionalverbund

Da Jörg Schmidt-Rohr als Regionalverbundssprecher verhindert ist, berichtet Regionalleitung Herr Limprecht von den Aktivitäten des Regionalverbunds.

Angespannte Haushaltssituation

In mehreren Kommunen zeichnet sich die schlechte Haushaltslage ab. Daher ist Herr Limprecht Teil einer Arbeitsgruppe beim Landesverband, die sich Maßnahmen überlegt, um die Mitgliedsorganisationen zu schützen. Zum Beispiel wird der Paritätische Landesverband eigene Studien zum Thema „Social Return on Invest“ in Auftrag geben. Es sollen Kennzahlen erarbeitet werden, die die (monetäre) Wirkung von Investitionen in soziale Infrastruktur hervorheben. Nach der Erfahrung von Herrn Limprecht muss sehr konkret gegen die Kürzungen argumentiert werden (Was haben die Menschen ganz konkret davon, wenn es dieses oder jenes Angebot gibt?). Es brauche einerseits Lobbyarbeit und andererseits Öffentlichkeitsarbeit.

In Heidelberg habe es bereits eine spontane Kundgebung der Frauenverbände gegeben, aus der heraus eine größere Demo zu einem späteren Zeitpunkt folgte. Hierbei hätten ca. 160 Personen teilgenommen. Es gab eine Berichterstattung in der Presse und beim SWR. Herr Limprecht berichtet von einer Mitgliedsorganisation aus Heidelberg, die in 2026 keine Förderung mehr bekommen soll und daher sehr wahrscheinlich „sterben“ werde. Die Situation sei ernst für einige Mitgliedsorganisationen.

Veranstaltungen im Regionalverbund

Am 15.05.2025 organisierte der Regionalverbund die Veranstaltung „Gemeinsam für ein besseres Morgen“. Die Referentin Nina Treu berichtete von den Ergebnissen einiger Zukunftswerkstätten und gab den Teilnehmenden auf diese Weise „Inspiration für kleine Utopien“ mit.

Darüber hinaus wird am 04.12. und 11.12.2025 der kostenfreie, zweiteilige, digitale Workshop „Generative KI verstehen und nutzen“ für die Mitgliedsorganisationen des Regionalverbunds stattfinden. Im ersten Termin wird es darum gehen zu verstehen, was generative KI ist, wie ihre Antworten zustande kommen und wie ChatGPT in sozialen Organisationen datenschutzkonform eingesetzt werden kann. Im zweiten Termin können Mitgliedsorganisationen KI-Anwendungen für unterschiedliche Aufgaben (Kommunikation, Verwaltung, Bildung) selbst ausprobieren. Referentin ist Julia Junge ([Webseite](#)).

TOP 7: Themen der Mitglieder

Herr Cronau fragt die Teilnehmenden nach ihren Themen. Da keine der anwesenden Mitgliedsorganisationen ein Anliegen vorbringt, erfolgt ein genereller Aufruf: Zum einen bietet der Kreisvorstand bei Bedarf Unterstützung und / oder Vernetzung zu vielerlei Themen, wie beispielsweise zur lokalen Politik oder Verwaltung. Zum anderen bittet der Kreisvorstand um die Mitwirkung der Mitgliedsorganisationen. Die Wahrnehmung und Vertretung ihrer Interessen können nur dann gelingen, wenn sie Schwierigkeiten und positive Ereignisse mit dem Kreisvorstand kommunizieren.

Sie können sich jederzeit an den Kreisvorstand / die Kreisgeschäftsstelle unter den bekannten Kontaktdaten wenden.

TOP 8: Planung & Termine 2025/2026

29.07.2025 (15:30 Uhr)	Solidarische Aktion vor der Gemeinderats-Sitzung
Stadthaus N1 vor dem Ratssaal (unter Vorbehalt)	Paritätische Mitgliedsorganisationen und AWO machen auf Konsequenzen von Kürzungen im Sozialen aufmerksam
21.10.2025 (18 Uhr)	Politisches Abendgespräch mit Katja Kipping (Geschäftsführerin des Paritätischen Gesamtverbandes)
CHAPEL Raum für Stadtkultur (Rheinstraße 12/4, 69126 Heidelberg)	
19.11.2025	Landesmitgliederversammlung des Paritätischen

Kulturhaus Käfertal, Gartenstraße 8, 68309 Mannheim	
26.11.2025 Forum Franklin, Robert-Funari-Str. 38-40, 68309 Mannheim	Workshop zur lokalen Lobbyarbeit mit Adelheid Hepp Für interessierte Mitgliedsorganisationen, die ihre lobbyistische Wirksamkeit erhöhen wollen (Teilnehmenden-Zahl auf 14 begrenzt) / Anmeldung bald möglich
04.12. + 11.12.2025 jeweils 14-16 Uhr (digital)	Workshop „Generative KI verstehen und nutzen“ mit Julia Junge

TOP 9: Verschiedenes

Neue Homepage des Paritätischen Landesverbands

Ende Juni ging die neue Homepage des Paritätischen Landesverbands online. Für Mitglieder gibt es nun zusätzlich ein Mitglieder-Portal. Herr Limprecht weist darauf hin, dass es für Mitgliedsorganisationen nun einfacher sei darin Fachinformationen zu finden. Diese werden nun nur noch exklusiv im Mitglieder-Portal zur Verfügung gestellt. Falls es bei der Anmeldung oder Verwendung der neuen Homepage / des Mitgliederportals Probleme geben sollte, geben Sie Ihre Rückmeldungen bitte an die Kreisgeschäftsstelle weiter. Die Webseiten befinden sich in einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess.

Gerichtsverfahren zur außerordentlichen Landesmitgliederversammlung im Juni 2022

Herr Limprecht berichtet vom aktuellen Stand des Gerichtsverfahrens gegen den Paritätischen Landesverband.

Zum Hintergrund:

Zum damaligen Zeitpunkt ging es darum die Position der zweiten Vorständin im Landesverband neu zu besetzen. Die damalige Vorständin Frau Wolfram habe aufgrund eines Compliance Falls darauf hingewirkt, dass es eine außerordentliche Landesmitgliederversammlung im Juni 2022 gebe, um den Aufsichtsrat abzuwählen. Der damalige Aufsichtsrat wurde kollektiv abgewählt. Anschließend wurde der neue Aufsichtsrat gewählt, bei dem einzelne Personen aus dem vorher abgewählten Aufsichtsrat wieder gewählt wurden.

Gegen das Abwählen haben Einzelpersonen und Mitgliedsorganisationen Klage erhoben. Nun liegt das erstinstanzliche Urteil vor. Darin wurde ein formaler Fehler bei der Einladung zur außerordentlichen Mitgliederversammlung im Juni 2022 bemängelt. Der Landesverband wird an die nächste Instanz gehen. Aller Voraussicht nach wird der aktuelle Aufsichtsrat geschlossen zurücktreten und es wird voraussichtlich bei der nächsten Landesmitgliederversammlung am 19.11.2025 in Mannheim neu gewählt werden.

Die Kreisvorständin Claudia Schöning-Kalender war als Zeugin am Gerichtsverfahren beteiligt und ergänzt den Bericht von Herrn Limprecht:

Der eigentliche Grund der Klage wurde im Urteil nicht anerkannt. Im aktuellen „schwebenden“ Zustand gebe es momentan zwei Aufsichtsräte.

Eine Frage von Herrn Hetzel nach den Kosten des Gerichtsverfahrens für den Landesverband kann nicht eindeutig beantwortet werden, der Streitwert lag bei ca. 19.000€, dazu kämen noch Kosten für den*die Anwalt*Anwältin.

Neufassung der Verbandssatzung

Aufgrund von Unschärfe in der Verbandssatzung soll diese geändert werden. Die aktuelle Fassung wurde mit den Mitgliedsorganisationen in einer Veranstaltung online diskutiert. Andrea Gerth zufolge sind die meisten Änderungen eher formal, bzw. Modernisierungen. Jedoch ist die Konferenz der Kreisvorsitzenden (KKV) nicht mehr explizit als Organ aufgeführt, sondern als weiteres Gremium. Es liegt die Vermutung nahe, dass Beschlüsse der KKV weniger Verbindlichkeit für den Landesverband hätten als bislang. Der Kreisvorstand plädiert an die Mitgliedsorganisationen sich ihre eigene Meinung zur Satzungsänderung zu bilden.

Im nächsten Schritt würden die Ergebnisse der Diskussion mit den Mitgliedsorganisationen verarbeitet werden. Anschließend wird erneut die Rückmeldung der Mitgliedsorganisationen eingeholt werden, sodass im Oktober 2025 der Vorschlag für die geänderte Satzung feststeht. Final soll diese voraussichtlich bei der Landesmitgliederversammlung am 19.11.2025 verabschiedet werden.

Newsletter der Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement

Jessica Heckmann-Drescher verweist auf das Angebot der Stadtverwaltung Mannheim bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen. Sarah Schmitt (Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement) verschickt einen Newsletter, der bspw. über lokale Fördermöglichkeiten oder (kostenfreie) Schulungsangebote für Vereine informiert wird. Anmeldungen können direkt an Frau Schmitt erfolgen: Sarah.Schmitt@mannheim.de

Manuel Cronau schließt die Kreismitgliederversammlung gegen 20:45 Uhr.

Mannheim, den 06.08.2025

Vertretung des Kreisvorstands

Jessica Heckmann-Drescher (Protokollantin)

Soziale Orte Konzept **MANNHEIM²**

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit
und Soziales

04.06.2025

Sozialraum: Struktur und Steuerung im FB 50



Das Soziale— Orte— Konzept



Neue Infrastrukturen für
gesellschaftlichen Zusammenhalt

ÜBERSICHT

1. Konzeptionelles Verständnis – Sozialraumtypologie und Soziale Orte
2. „Soziale-Orte-Konzept“: Operationalisierung
3. Schritte der Umsetzung: Entwicklung eines Prototypen

DAS „SOZIALE-ORTE-KONZEPT“ – THEMENCLUSTER UND BETEILIGUNGSEBENE

- Ausgangslage:** wachsende gesellschaftliche Unterschiede, Zusammenhalt als Herausforderung
- Konzept:** Soziale Orte = **Orte des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“**: Kreuzungspunkte, Orte der Begegnung/der Kommunikation/des Miteinanders
- Voraussetzungen:** öffentliche Infrastruktur, „sensible, risikofreudige“ Verwaltung, innovationsfähige Akteure, Prozesse statt Projekte
- Bezug FB 50:** Ansatz, **aufbauend auf der Stadtteilebene/Typologie**, der einzelne Orte/Interessen/Gruppierungen/Themen usw. in den Fokus nimmt und admin. Grenzen überschreitet

Ziele:

- **Stärkung gesellschaftlichen Zusammenhalts**, Engagements, Partizipation durch **Bereitstellung/Nutzbarmachung öffentlich zugänglicher Orte** der Begegnung + Prozessbegleitung
- Ansatz um **gesellschaftlichen Herausforderungen und (infra-)strukturellen Defiziten** zu begegnen
- Nutzung der „**Ressource**“ **Bürger*innen**

MÖGLICHKEITEN UND LIMITIERUNG DES KONZEPTS

Möglichkeiten	Limitierung
▪ Steuerungsebene unterhalb der Raumebene der Sozialraumtypologie ▪ Lebensweltliche Zugänge der Raumdimension ▪ Steuerung kleinteiliger Prozesse (Arbeit, Wohnen, Beteiligung, Bauen) ▪ Überlappende Raumgrenzen zur Sozialraumtypologie ▪ Bottom-up Expertise ▪ Reintegration der individuellen Erfahrungsebene ▪ Grundlage: „Place-Building“ als Steuerungsauftrag	▪ Überbetonung der individuellen Erfahrungen im Sozialraum ▪ Diffusion von Raumbegriffen ▪ Begrenzte Produktivität im Rahmen von ISM (Integriertes Sozialmanagement)

KRITERIEN: WORAN ERKENNT MAN SOZIALE ORTE?

1. **Gemeinwohlorientierung** (auf die Bedarfe mehrerer Gruppen oder übergeordnete gesellschaftliche Ziele zugeschnitten – Nachhaltigkeit, Demokratie, Daseinsvorsorge, soziale Gerechtigkeit, kulturelles Erbe etc.)
2. Schaffen **Öffentlichkeit** und machen damit gemeinschaftliches Wirken und **gesellschaftlichen Zusammenhalt** sichtbar
3. **Akteurspluralismus**: Beteiligung unterschiedlicher Gruppen von Akteuren (Staat/Kommune/Verwaltung/ Wirtschaft/lokale Betriebe, „Zivilgesellschaft“/Dritter Sektor)
4. **Integrativ**: Mitwirkung verschiedener Gruppen und Milieus, niederschwelliger Zugang
5. Orientiert an **lokalen Bedarfen**
6. Kristallisationspunkte **lokalen Engagements** (bottom-up)
7. **Institutionalisierungsperspektive**/nachhaltige Strukturen (beabsichtigt)
8. Regionale und überregionale **Vernetzung** / Schaffung räumlicher Verbindung durch Netzwerkbildung
9. häufig Orte der gesellschaftlichen **Verhandlung und Konfliktaushandlung** („gelebte Demokratie“)

NÄCHSTE SCHRITTE

1. **Ziel:** Identifikation von Gelingensfaktoren für den sozialen Zusammenhalt im Quartier
2. **Pilotierung:** Identifikation „sozialer Orte“ in einem Quartier (Rheinau-Mitte)
3. **Akteure:** SOFI Universität Göttingen, FB 50, BM Dez.II, FB 15/QM und GBG sowie die Träger/Liga im Quartier und zivilgesellschaftliche Akteure
4. **Methode:** Qualitativer Ansatz – Pilotierung durch Kriterienarbeit und -Diskurs mit Akteuren
5. **Steuerung:** Dez.II / FB 50
6. **Auftakt:** 2. Juli

VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT!

Stadt Mannheim, Fachbereich Arbeit und Soziales

K 1, 7-13

68159 Mannheim

Email: sozialplanung@mannheim.de

Was die Haushaltseinsparungen in Mannheim für das Soziale bedeuten

Im Haushalt der Stadt Mannheim muss kräftig gespart werden. Das trifft auch den Sozialbereich. Was das für einzelne Einrichtungen bedeutet.

12.4.2025 VON [LEA SEETHALER](#)



Wo bleibt der Zusammenhalt der Gesellschaft, wenn das Geld für die fehlt, die ihn vorantreiben? © HARALD OPPITZ/KNA

Mannheim. „Kürzungen im Sozialbereich wirken sich oft nicht unmittelbar auf die Stadtgesellschaft aus, sondern zeitverzögert, aber dann mit erheblichen Auswirkungen. Das wird aus unserer Sicht oft zu wenig bei den Entscheidungen zur Finanzierung beziehungsweise Einsparungen bedacht“, sagt Philip Gerber, einer von fünf Kreisvorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Unter dem wohlfahrtsverbandlichen Dach des Verbandes befinden sich 51 Mitgliedsorganisationen, die alle als gemeinnützige Träger Aufgaben für die Stadt Mannheim [1] und deren Bürger übernehmen. „Studien belegen, dass Kürzungen im Sozialbereich zukünftig wesentlich höhere Folgekosten für die Gesamtgesellschaft erzeugen“, so Gerber weiter.

Durch die im Haushalt 2025/2026 bereits beschlossenen und ab 2026 beginnenden Kürzungen müssten Projekte oder Leistungen trägerseits abgebaut werden, sagt Gerber. Neben den beschlossenen Kürzungen sind viele

Zuschüsse nicht dynamisiert, sodass durch die gestiegenen Lohn- wie Lebenshaltungskosten dies zum weiteren Leistungsabbau führen werde.

„Unter dem Einsparzwang der 40 Millionen Euro als Auflage des Regierungspräsidiums sehen wir die bereits beschlossenen Kürzungen als Vorgeschmack darauf, was auf den Sozialbereich und damit auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen wird“, führt Claudia Schöning-Kalender, ebenfalls eine von fünf Kreisvorsitzenden des Verbandes, aus. „Zusätzlich stellen wir uns die Frage, was der politische wie Verwaltungswille bezüglich der Angebotspalette in unserer Stadt ist. Wir vom Paritätischen Kreisverband sprechen uns klar für eine diverse Struktur aus, die möglichst für alle Betroffenen Angebote vorhalten kann.“

Betroffene: „Kürzungen sind existenzvernichtend“

Der Kinderschutzbund Ortsverband Mannheim ist von den Etatkürzungen betroffen. Der Doppelhaushalt für 2025 und 2026 sieht eine Kürzung um rund ein Drittel der Zuschüsse für den „begleiteten Umgang“ vor. Dieser ist Kernprojekt des Kinderschutzbundes. Er findet oft als Auflage des Jugendamts statt und ist aus pädagogischen Gründen notwendig. Ob begleiteter Umgang dem Elternteil auferlegt wird, orientiert sich am Wohl der betroffenen Kinder.

Im begleiteten Umgang wird dem umgangsberechtigten Elternteil und dem Kind die Möglichkeit gegeben, sich auf neutralem Grund – im Kinderschutzbund – zu treffen, miteinander zu spielen, zu lernen oder Zeit zu verbringen. „Wir können uns zwar für die Jahre 2025 und 2026 aus Spenden, Bußgeldern und Rücklagen des Vereins finanzieren. Das ist trotz der um etwa ein Drittel gekürzten Fördermittel der Stadt möglich – vorausgesetzt die Spenden und Bußgelder fließen weiter wie bisher. Danach ist aber eine Einschränkung unseres Angebots für den Bereich begleiteter Umgang denkbar. Sollten die Spenden und Bußgelder dagegen zurückgehen, müssen wir voraussichtlich die Zahl der Umgänge reduzieren“, so Kinderschutzbund-Vorstandsmitglied Ralf König.

„Durch die existenzvernichtenden Mittelkürzung ab 2026, von denen das Antidiskriminierungsbüro betroffen ist, werden neben den Betroffenen auch Organisationen – kleine und größere – sowie Unternehmen eine verlässliche Anlaufstelle genommen“, sagt indes Vorstandsmitglied Mete Tuncay. Die Arbeit des Antidiskriminierungsbüros trage auch zur Fachkräftesicherung, zur Reduktion von Produktivitätsverlusten, Fluktuation und Krankheitskosten bei, betont Tuncay. „Eine Entscheidung, unsere Förderung auch 2026 und darüber hinaus aufrechtzuerhalten, entlastet neben Betroffenen, Arbeitgebenden, Organisationen der Daseinsfürsorge auch Polizei und Justiz.“

Von Senioren- bis Queerberatung: Zusammenhalt in Gefahr?

AWO-Vorstand Alexander Manz berichtet dieser Redaktion indes zu den anstehenden Kürzungen: Die im Raum stehenden Kürzungen von sogenannten freiwilligen Leistungen im Haushalt der Stadt für das zweite Halbjahr 2025 seien „besorgniserregend“, denn wenn auch keine gesetzliche Verpflichtung zur Kostendeckung dieser

Leistungen seitens der Kommune bestehe, „so sind sie dennoch nicht willkürlich, sondern dienen der sozialen Bedarfsdeckung von Menschen mit Unterstützungsanforderungen in unserer Stadt“.

Die Seniorenberatungsstelle Neckarstadt-Ost etwa, die für ältere Menschen in vielen Fragen des alltäglichen Lebens eine wichtige Anlauf- und Vermittlungsstelle ist, sei bereits jetzt nicht auskömmlich finanziert, nennt Manz als Beispiel. Mit der bereits beschlossenen Absenkung des kommunalen Zuschusses ab 2026, verbunden mit „gegebenenfalls Kürzungen des bereits jetzt nicht auskömmlichen Zuschusses, besteht die konkrete Gefahr, dass die AWO Mannheim dieses Angebot eventuell würde einstellen müssen“.

Oder das Beispiel zentraler Lehrgärten: „Der erhält einen Betriebskostenzuschuss, der unter anderem in die natur- und umweltpädagogische Arbeit vor Ort investiert wird. Würde dieser Zuschuss reduziert werden, müsste auch das Angebot für Kindergärten und Schulen, aber auch andere Besuchergruppen eingeschränkt werden.“

Natürlich gebe es Verständnis für die Sparanforderungen der Stadt, so Manz. „Aber gerade in die soziale Bedarfsdeckung ist es wichtig, weiterhin zu investieren, denn Investitionen in soziale Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen, Pflegeeinrichtungen und Gesundheitsversorgung, aber auch in Beratungsangebote führen zu einer höheren Lebensqualität und mehr Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger.“

Die Streichung der Förderung der psychologischen Beratung für queere Erwachsene bei PLUS, der Psychologischen Lesben- und Schwulenberatung, ab 2026 und die fehlende Förderung derer Arbeit mit queeren Geflüchteten bezeichnet ein Beratungsstellenmitglied als „nach wie vor aktuell und prekär“. Schon nach der Streichung betonte PLUS: „Es ist absurd: Man hält Reden über Vielfalt und feiert Fortschritte, während genau die Arbeit, die Menschen konkret hilft, keinen Stellenwert mehr zu haben scheint.“ Dennoch: Es würden auch bei aktuell anderen relevanten Themen Gespräche mit der Stadt geführt und alternative Lösungen gesucht, so das PLUS-Mitglied. Der Wille ist also oftmals da.

Lösung für Stadtjugendring gefunden

Keine größeren Konsequenzen hat der knappere Haushalt indes zum Beispiel für die Planung des Stadtjugendrings – dabei sah das zunächst noch danach aus. Nachdem der Gemeinderat unter anderem beschlossen hatte, die Projektstelle „Refresh & Recover“ nicht zu verlängern, hatten die mehr als 30 Mitgliedsverbände des Stadtjugendrings bereits über Einschnitte beraten. So sollte aus Kapazitätsgründen unter anderem das traditionsreiche Kinderspektakel nicht mehr stattfinden, hatten die Vorsitzenden des Stadtjugendrings, Theo Argiantzis und Laura Gattner, dieser Redaktion erklärt.

Ein paar Tage später korrigiert Geschäftsführerin Karin Heinelt: Mittlerweile habe sich dank des Fürsprechens von Oberbürgermeister Christian Specht ein privater Förderer gefunden, der die Projektstelle für weitere drei Jahre sichere. Die Streichungen im Jahresplan seien dadurch hinfällig. Somit könne auch das Kinderspektakel am 20. September im Herzogenriedpark stattfinden, sagt Heinelt.

“ *Es ist absurd: Man hält Reden über Vielfalt und feiert Fortschritte, während genau die Arbeit, die Menschen konkret hilft, keinen Stellenwert mehr zu haben scheint.*

PLUS

© TREMMEL

Lea Seethaler Redaktion Redakteurin und Online-Koordinatorin der Mannheimer Lokalredaktion

URL dieses Artikels:

https://www.mannheimer-morgen.de/orte/mannheim_artikel,-mannheim-was-die-haushaltseinsparungen-in-mannheim-fuer-das-soziale-bedeuten-_arid,2297807.html

Links in diesem Artikel:

[1] <https://www.mannheimer-morgen.de/orte/mannheim.html>

Copyright © 2025 Mannheimer Morgen